

Uster, 15. Januar 2016

An den Präsidenten des Gemeinderates
Herr Thomas Wüthrich
8610 Uster

Leistungsmotion 555/2016:

Erhöhung der Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland

Die Stadt erhöht die Beiträge für die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland (exkl. Nothilfe) von jährlich 20'000.- auf rund 80'000.- Franken pro Jahr. Die Beiträge werden ausschliesslich Hilfswerken zur Verfügung gestellt, die von der Zewo zertifiziert sind. Der Stadtrat wird beauftragt, Kriterien für die Vergabe der Beiträge zu bestimmen und mit dem Voranschlag 2016 und der Finanzplanung 2017 – 2019 die durch das Begehren ausgelösten finanziellen Auswirkungen darzulegen.

Dazu wird bei der LG Finanz- und Rechnungswesen ein neues Wirkungs- und Leistungsziel Z08 formuliert: *„Uster leistet einen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit.“*

Und es wird in derselben LG eine Leistung L08 definiert: *„Beitrag für Entwicklungszusammenarbeit im Ausland an Zewo-zertifizierte Organisationen.“*

Dieselbe LG erhält eine Ergänzung mit dem Indikator I06: *„Anteil der Beiträge für Entwicklungszusammenarbeit im Ausland an der einfachen Staatsteuer: 0,1 Prozent.“*

Begründung

Die Stadt Uster hat in den vergangenen Jahren für jeweils 20'000 Franken Projekte der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland unterstützt. Pro Einwohnerin und Einwohner sind das 60 Rappen – im Vergleich zu anderen Gemeinden im Kanton Zürich ein sehr tiefer Betrag.

Weshalb soll denn eine Stadt wie Uster überhaupt Beiträge an die Entwicklungszusammenarbeit zahlen? Gemäss Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) ist die Zahl der Hungernden seit 1990 um 290 Millionen zurückgegangen. Dennoch haben derzeit 805 Millionen Menschen nicht genügend zu essen. Diese Menschen sind Grund genug, etwas von unserem Glück und unserem Wohlstand über ein Hilfswerk mit anderen zu teilen – nicht nur jeder individuell als Einzelperson sondern auch wir als Gemeinde.

Die Entwicklungszusammenarbeit findet in der Schweiz auf allen politischen Ebenen statt. Bund, Kantone und Gemeinden tragen ergänzend zueinander die Verantwortung für einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung von Armut und damit zur Förderung von nachhaltig stabilen Gesellschaften.

Eine sinnvolle und nachhaltige Verwendung der Gelder ist wichtig. Die Entwicklungsprojekte dürfen nicht den Staat ersetzen, sondern sollen dazu dienen, dass Strukturen gerechter gestaltet werden und Menschen ihre Rechte einfordern können. Der Stadtrat soll dazu entsprechende Kriterien formulieren. Uster soll einzig Organisationen berücksichtigen, die von der Zewo zertifiziert sind.

Patricio Frei,
Grüne Uster